

KOMMENTAR

»ROLLE RÜCKWÄRTS: DER LIBERALISMUS AUF DEM ABSTIEGENDEN AST«

Von Alice Greschkow

Es scheint als seien die meisten Menschen in Deutschland irgendwie liberal - Frauenrechte werden unterstützt, sexuelle Vielfalt akzeptiert, Meinungsfreiheit auf sozialen Medien zelebriert, Religionsfreiheit gelebt. Manch einer erinnert sich an Francis Fukuyamas Werk »Das Ende der Geschichte«, in welchem er nach dem Ende des Kalten Krieges vom Siegeszug des wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus ausging. Die Systemfrage war für ihn damals geklärt - die ganze Welt würde Schritt für Schritt dem westlichen Demokratie- und Lebensmodell folgen, weil die Prämisse von »leben und leben lassen« eine unheimlich pazifistische und positive Komponente beinhaltet.

Fehlansage. Europas Liberalismus ist auf dem absteigenden Ast - zumindest, wenn es um Politik und Gesellschaft geht. Nicht nur Schwellenländer wie China haben gezeigt, dass man ohne Demokratie, dafür mit Menschenrechtsverletzungen zum wirtschaftlichen Riesen werden kann, der andere Staaten zu ähnlichem Handeln inspiriert, sondern auch einige EU-Mitgliedsstaaten begeben sich auf einem antifreiheitlichen Kurs. Die Trennung von Kirche und Staat, die Akzeptanz von Minderheiten und der Schutz von Bürgerrechten spielt für immer weniger Bürger eine Rolle.

In einer Studie der New York Times gaben lediglich knapp mehr als ein Viertel der in den 1980-ern Geborenen in Großbritannien und den USA an, dass es essenziell sei, in einer freiheitlichen Demokratie zu leben. Wenige Jahrzehnte zuvor sahen drei Viertel der Menschen dieses Modell als unabdingbar.

Die empfundenen Krisen der vergangenen Jahre haben überall auf der Welt mehr Menschen dahingehend bewegt, Sicherheit und Ordnung über Freiheit zu schätzen. Dafür nehmen sie die Beschneidung von Rechten - wie im Falle der Überwachung von öffentlichen Plätzen - sorglos in Kauf. Viele Bürger fürchten sich vor so vielem - dem Platzen der nächsten Wirtschaftsblase, dem Wegfall von Jobs durch die Digitalisierung, dem Verlust der Identität durch Zuwanderung und wünschen sich ein Netz, das sie im Zweifel auffängt und Orientierung bietet. Dass dabei perspektivisch die Säulen unserer Gesellschaft erodieren werden, wird man erst in Zukunft bedauern.

BUNTES AUS BERLIN

MUSEUM BARBERINI: KÜNSTLER IN DER DDR

Noch bis zum 4. Februar können Interessierte die Ausstellung »Hinter der Maske. Künstler in der DDR« im Museum Barberini besuchen. Über 100 Arbeiten von 80 Künstlern wurden für die Ausstellung zusammengestellt. Mit dieser Ausstellung zeigt das Museum Barberini Werke aus der DDR im Spannungsfeld zwischen Rollenbild und Rückzug. Dabei stehen nicht die politischen Bedingungen im Fokus, sondern die Selbstbehauptung und -inszenierung der Künstlerpersönlichkeit. Seit der Renaissance spielen Gruppen- und Selbst-

bildnisse in der abendländischen Kunst eine wichtige Rolle. Diese Bildgattung wurde in der DDR fortgeführt, wie auch das Genre der Atelierbilder. Beides zeigt nun das Museum Barberini in dieser Ausstellung und verweist auf eine Zeit, als der bildenden Kunst eine staatstragende und reglementierende Funktion zugeschrieben wurde. Gezeigt werden Werke von unter anderem Karl-Heinz Adler, Gerhard Altenbourg, Harald Metzkes, Bernhard Heisig, Willi Sitte, Elisabeth Voigt und der Künstlergruppe Clara Mosch.

Gugl-Hupf 

GEGEN HASSKOMMENTARE: 10.000 MEHR FÜR FACEBOOK

Facebook-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg hat angekündigt, den Bereich der Sicherheit beim sozialen Netzwerk stark ausbauen zu wollen. 10.000 neue Stellen sollen geschaffen werden, um gegen Hasskommentare vorzugehen. Diese sollen gelöscht werden, aber Nutzer sollen mehr ebenfalls mehr Rechte beim Umgang ihrer Daten erhalten. Bisher wurden bereits 10.000 Personen daran arbeiten, die Hetze aus Facebook verschwinden zu lassen. Facebook unterliegt dabei keinem Gesetz - das NetzDG greift nur in Deutschland, auf europäischer Ebene setzt man auf Eigenverantwortung von Microsoft, Twitter, YouTube und Facebook, um die Inhalte zu pflegen. Lediglich ein Verhaltenskodex war gemeinsam mit den Unternehmen entwickelt worden.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

SYRIEN-GESPRÄCHE IN WIEN UNTERSTÜTZEN, ZUSPITZUNG DES KONFLIKTS VERMEIDEN



Foto: Alexander Gonschior

Von Heike Hänsel MdB, Leiterin des Arbeitskreises Außenpolitik der Bundestagsfraktion Die Linke; Quelle: Bundestagsfraktion Die Linke

Die geschäftsführende Bundesregierung muss alles daran setzen, bei der in Wien beginnenden neunten Runde der Syrien-Verhandlungen unter UN-Moderation eine Lösung der verfahrenen Situation zu erreichen, statt den Konflikt wie bisher weiter anzuhetzen. Die jüngsten Appelle aus Berlin für eine politische Lösung sind unglaublich, solange die geschäfts-

führende Bundesregierung den derzeitigen völkerrechtswidrigen türkischen Angriff auf Nordsyrien nicht eindeutig verurteilt. Zudem muss die Bundesregierung sich endlich dafür einsetzen, dass kurdische Repräsentanten an den UN-Gesprächen teilnehmen. Die Realität hinter allen wohlfeilen Erklärungen der geschäftsführenden Bundesregierung sieht doch ganz anders aus. Sie hält an dem Tornado-Einsatz in der Region fest und ist damit an kriegerischen Handlungen beteiligt, sie liefert Leopard-II-Panzer an die Türkei, die mit der Invasion in Nordsyrien eine neue humanitäre Katastrophe provoziert, und sie hofiert und finanziert die syrische Opposition, während die diplomatischen Kontakte zur syrischen Regierung gekappt worden sind.

Nach sieben Jahren Krieg in Syrien und über 400.000 Toten muss die geschäftsführende Bundesregierung endlich zur Vernunft kommen und konstruktiv zu einer Lösung unter der Ägide der Vereinten Nationen beitragen. Dazu gehören in erster Linie ein Stopp aller Waffenexporte und ein Ende der einseitigen Einflussnahme in Syrien.

ÖSTERREICHS VIZE-KANZLER STRACHE SUCHT DISTANZ VON BURSCHAFTEN

Österreichs Vize-Kanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache versucht nach dem Skandal um seine Verbindungen zu Burschenschaften, in denen Nazilieder verbreitet werden, aufzufangen. Er erklärte, dass es in Österreich keinen Platz für Antisemitismus gäbe und man auch bei den Burschenschaften mit rechtsextremen Tendenzen durchgreifen müsse.

Strache, der selbst lange Jahre Vizechef der Burschenschaft »Germania zu Wiener Neustadt« war, äußert sich kritisch, nachdem in der Verbindung NS-verherrlichendes Material gefunden wurde: »Die Verantwortung und das Gedenken an die Opfer

des Holocaust sind uns Verpflichtung und Verantwortung in der Gegenwart und für kommende Generationen. Wer das anders sieht, soll aufstehen und gehen. Er ist bei uns nicht erwünscht.«

Die FPÖ geriet insgesamt unter Druck, da die Hälfte der Abgeordneten Mitglied in deutsch-nationalen Verbindungen ist. In Wien formierten sich infolgedessen vehementer Proteste gegen die Regierungspartei.

Bundeskanzler Sebastian Kurz reagierte ebenfalls auf den Skandal und betonte, dass rechtsextremes Gedankengut in Österreich keinen Platz habe.

RUSSLANDS AUSSENMINISTER LAWROW RÜGT DEN WESTEN

Das Verhältnis mit dem Westen sei schlimmer als während des Kalten Krieges, erklärt Russlands Chefdiplomat Sergej Lawrow. »Damals gab es wenigstens ein paar Regeln (...), aber heute ist jeglicher Anstand weggeworfen worden« mahnt Lawrow in einem Interview mit der russischen Zeitung »Kommersant«.

Der Außenminister befürchtet eine »orchestrierte Kampagne«, bei der man versuchen würde, Russland mit allen Mitteln zu strafen und dabei auch auf Themen zurückgreifen würde, die nichts mit den politischen Spannungen zu tun hätten, die sich seit der Annexion der Krim-Krise entwickelt haben. Vor allem im Bereich Sport seien

die Anschuldigungen gegen Russland absurd. Lawrow sieht darin den Versuch Russlands insgesamt zu diskreditieren.

»Russland hat seine roten Linien. Und ich denke, dass die ernsthaften Politiker im Westen verstehen, dass man diese roten Linien respektieren muss, so wie man es im Kalten Krieg getan hat«, mahnte der Außenminister mit Hinblick auf seine Kollegen in den USA und der EU.

Lawrow, der für seine direkte und sachliche Art bekannt ist, erhielt viel Zuspruch für seine Worte. Die verfahrenen Situation zwischen dem Westen und Russland belastet beide Seiten sowohl wirtschaftlich, als auch politisch.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

WEGEN SANKTIONEN: ENI STOPPT OLBÖHRUNGEN IM SCHWARZEN MEER

Der italienische Energiekonzern Eni hat wegen der Sanktionen der USA und EU gegen Russland die Exploration von Ölfeldern im Schwarzen Meer gestoppt. Die Verwaltungschefin des Konzerns Emma Marcegaglia erklärte den Stopp der Rosneft-Ölfelder mit einem Veto der USA: »Wir müssen uns genau an US-Anordnungen halten, weil wir auch in den USA gelistet sind«, erklärte sie auf dem Welt-

wirtschaftsforum in Davos gegenüber der Presseagentur Reuters. Anfangs hatte Eni zuerst eine Genehmigung seitens der US-Behörden erhalten, diese wurde jedoch zurückgezogen. Rosneft sieht gegenwärtig keinen Grund, um die Bohrungen und Geschäftsaktivitäten zu stoppen, obwohl der russische Staatskonzern seit 2014 den Sanktionen unterliegt.

MILDE TÖNE VON US-PRÄSIDENT DONALD TRUMP AUF DEM WELTWIRTSCHAFTSFORUM

Entgegen der Erwartung, dass Donald Trump auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos seine harsche »America First«-Linie postulieren würde, wagte er die moderate Botschaft, dass »America First« nicht Amerika allein bedeuten würde. Trump, der sich als »Cheerleader« seines Landes darstellte, bot den anderen Staaten die Partnerschaft und Freundschaft der USA an. Ferner betonte er, dass die Zeit für Wachstum und Investitionen nie besser sei und verwies auf die Steuerreform sowie den Abbau der Bürokratie. Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums, hatte zuvor ebenfalls die Steuerreform gelobt und sie als Treiber für Wirtschaftswachstum betrachtet. Auch Unternehmer, wie Siemens-Chef Joe Kaeser hatten die Maß-

nahmen des Reformpakets unterstützt. Kaeser hatte am Abend zuvor mit anderen DAX-Vorständen an einem Abendessen mit dem US-Präsidenten teilgenommen. Überraschend war zudem, dass Trump ein transpazifisches Handelsabkommen erneut in Erwägung zog. Erst im vergangenen Jahr hatte der Präsident das TPP-Abkommen gestoppt, während elf Staaten – darunter Kanada und Japan – ankündigten, das Freihandelsabkommen im März zu ratifizieren. Ohne Kritik verging der Auftritt Trumps jedoch nicht: er erklärte, dass die USA bei »unfairen Handelspraktiken« nicht wegschauen könne, vor allem, wenn andere Staaten sich auf Kosten anderer Vorteile verschaffen würden.

ERSTE RATINGS FÜR KRYPTOWÄHRUNGEN

Die kleine Rating-Agentur »Weiss Ratings« hat sich als erste getraut, Kryptowährungen zu bewerten – Bitcoin schnitt mit einem »C+«, also »befriedigend«, ab, Ether hingegen erhielt die Note »gut«. Die Analyse der Rating-Agentur wird jedoch infrage gestellt, da es zu wenige klare Indikatoren für eine Messung gibt. Die Kryptowährungen sind keine Unternehmen mit klaren Kennzahlen, sondern wird dezentral in komplexen Programmierprozessen gestaltet.

Bitcoin, die bekannteste Kryptowährung, erhielt gute Bewertungen in den Bereichen Sicherheit, Verbreitung und Markenbekanntheit, wurde jedoch lediglich mit C+ bewertet, da die Volatilität zu hoch sei und sich somit ein Risiko für Anleger ergibt. Ferner verkündete Weiss, dass die Agentur bereits vor der Veröffentlichung der Bewertungen von insgesamt 74 Währung mit massiven Hackingangriffen aus Südkorea zu kämpfen hatte. Dort gäbe es besonders viele Bitcoin-Anleger.

PERSONALIEN

PIEPER SPRICHT FÜR SPD-GENERALSEKRETÄR KLINGBEIL

Elena Pieper (31) ist seit dem 1. Januar Sprecherin des SPD-Parteivorstands und des neuen Generalsekretärs Lars Klingbeil sowie Leiterin der Strategischen Kommunikation. Sie folgt auf Franziska Haas, die Sprecherin des vorherigen Generalsekretärs Hubertus Heil war. Pieper leitete zuvor die Öffentlichkeitsarbeit und die Programmkommunikation des Bundesprogramms »Demokratie leben!« im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben.

FINKENWIRTH ÜBERNIMMT PRESSESTELLE DES DEUTSCHEN BAUERNVERBANDS

Axel Finkenwirth (45) wird zum 1. Februar die Leitung der Pressestelle des Deutschen Bauernverbands (DBV) übernehmen. Finkenwirth folgt auf Michael Lohse, der nach mehr als 25-jähriger Tätigkeit für den DBV in den Ruhestand tritt, und berichtet an Generalsekretär Bernhard Krüskens. In den vergangenen sechs Jahren war Finkenwirth als Fernsehkorrespondent im ARD-Hauptstadtstudio tätig.

BANASZAK NEUER VORSITZENDER DER GRÜNEN NRW

Felix Banaszak (28) ist neuer Vorsitzender der Grünen NRW. Gemeinsam mit Mona Neubaur bildet er die neue Doppelspitze des Landesverbands. Er setzte sich am 20. Januar auf dem Parteitag in Kamen mit 56,6 Prozent der Stimmen gegen seine Mitbewerber Wolfgang Rettich und Felix Naumann durch. Banaszak folgt auf Sven Lehmann, ab 2010 Teil des Führungsduos, der im September in den Deutschen Bundestag eingezogen war.

AUS DEN MINISTERIEN

BMUB VERLEIHT SECHS MILLIONEN EURO AN HOLZBAU-PILOTPROJEKT

Baustaatssekretär Gunther Adler hat am Donnerstag einen symbolischen Scheck für das Pilotprojekt »Multifunktionales Gebäude in Holzbauweise« des Bundesverbands Deutscher Gartenfreunde e. V. (BDG) in Berlin-Neukölln übergeben. Bei dem Neubau sollen innovative wegweisende Ideen im Holzbau umgesetzt und die Breite der Anwendungsmöglichkeiten des nachwachsenden Rohstoffs Holz aufgezeigt werden. Das Gebäude wird als integriertes Schulungs- und Dokumentationszentrum durch den BDG, die Deutsche Schreiberjugend und das Deutsche Kleingärtnermuseum genutzt werden.

WORTE DER WOCHE

»Die ganze Welt wird gebraucht.«

Ursula von der Leyen, erachtet Aussöhnungschancen zwischen den Konfliktparteien in Syrien und im Irak nur unter dem Dach der Vereinten Nationen als möglich.

»In den nächsten Jahren werden wir das Thema Digitalisierung massiv in der Energiewirtschaft sehen.«

Sabine Bendiek, Microsoft-Deutschland-Chefin.

»Ihre Einführung würde das gesamte System infrage stellen. Die Anreize zur Reduzierung von Risiken werden zudem deutlich sinken, wenn diese Risiken erst einmal geteilt sind.«

Jörg Rocholl, Präsident der ESMT, ist gegen die Idee einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung.

»Wer ist eigentlich Alexander Dobrindt?«

Malu Dreyer, rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin, auf dem SPD-Sonderparteitag in Bezug auf die Kritik des CSU-Politikers an den Sozialdemokraten.

»In Russland herrscht ein positives Marktumfeld durch öffentliche Investitionszuschüsse, zinsgünstige Bankkredite und einen guten Milchpreis.«

Stefan Dürr, Hauptgesellschafter und Geschäftsführer der Ekosem-Agrar GmbH

»Die Geschwindigkeit der Energiewende ist um einiges schneller, als der Markt geahnt hat.«

Pekka Lundmark, Fortum-Chef.

»Wir wollen Neumitglieder werben, die aus Überzeugung in die SPD eintreten.«

Kevin Kühnert, Juso-Vorsitzender.

TERMINE

30.1. BPB ZU DEMOKRATISCHEN GRUNDWERTEN UND DIGITALISIERUNG

Vortragsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (HIIG) zum Thema »Demokratie und Öffentlichkeit in der digitalen Gesellschaft«, unter anderem mit dem Kommunikationswissenschaftler Prof. Christoph Neuberger Tagungswerk Jerusalemkirche, Lindenstraße 85, 10969 Berlin (Anmeldung erforderlich).

31.1. DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DES BUNDESTAGES ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Diskussionsveranstaltung des Deutschen Bundestages zum Thema »Internationale Jugendbegegnung des Bundestages erforscht Widerstand aus Gewissensgründen gegen den Nationalsozialismus«, unter anderem mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, der KZ-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch und der KZ-Überlebenden Renate Lasker-Harpprecht Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstraße 101 (Anmeldung erforderlich).

1.2. EAB ZUR NEUEN MILITÄRISCHEN AUSRICHTUNG DER EU

Diskussionsveranstaltung der Europäischen Akademie Berlin (EAB) zum Thema »Mehr als nur Rüstungskonvention? Die EU auf dem Weg zur Verteidigungsunion«, unter anderem mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags Dr. Hans-Peter Bartels, der Politikwissenschaftlerin Dr. Ronja Kempin und dem stellvertretenden Botschafter der Republik Polen in Berlin SE Janusz Styczek Landesvertretung Thüringen, Mohrenstraße 64 (Anmeldung erforderlich).

5.2. EAB UND AA ZUR ZUKUNFT BULGARIENS IN DER EU

Diskussionsveranstaltung der Europäischen Akademie Berlin (EAB) und des Auswärtigen Amtes (AA) zum Thema »Bulgarien und die EU im Jahr 2035«, unter anderem mit der Projektleiterin im Centre for Liberal Strategies Sofia Antoinette Primatarova Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48 (Anmeldung erforderlich).